Botschaft

des

Bundesrathes an die gesetzgebenden Rätbe der Eidgenossenschaft, betreffend die Garantie der Staatsverfassung des Kantons Waadt.

(Vom 13. Januar 1862.)

Tit. I

Der Staatsrath des Kantons Waadt hat uns mit Schreiben vom 3. Januar 1862 die neue Verfassung dieses Kantons übermacht, damit dieselbe nach Vorschrift von Art. 6 der Bundesverfassung der eidgenössischen Gewährleistung unterstellt werde.

Diese Verfassung und ein Anhang, enthaltend die nöthigen Uebergangsbestimmungen, sind von einem Verfassungsrathe am 15. November 1861 erlassen und am 15. Dezember gleichen Jahres in den öffentlichen Gemeindeversammlungen auch vom Volke angenommen worden. Nach einem Erlasse des Staatsrathes vom 26. Dezember 1861 hat die in der letzten Sitzung des Verfassungsrathes vom 23. gleichen Monats erfolgte Eröffnung der Verbalprozesse ergeben, daß die Verfassung nebst den Uebergangsbestimmungen von 20,191 Stimmen auf 26,163 Wotanten angenommen wurden. Sie wurden daher in Vollziehung gesetzt, und zwar unter dem Datum vom 15. Dezember 1861.

Der Bundesrath nimmt keinen Anstand, der hohen Bundesversammlung auch diese neue Verfassung zur Gewährleistung zu empfehlen, mit Rücksicht darauf, daß die im Art. 6 der Bundesverfassung geforderten Requisite im Allgemeinen vorhanden sind. Er sieht sich jedoch bezüglich einiger Artikel zu Bemerkungen veranlaßt.

Die erste betrifft Art. 7: „Pressfreiheit“. Dieser Artikel weist vorerst auf ein Gesetz über den Mißbrauch hin, ohne der nach Art. 15 der Bundesverfassung erforderlichen Genehmigung desselben durch den Bundesrath zu gedenken. Sodann wird ausdrücklich bestimmt, daß die Ausübung der Pressfreiheit weder durch Präventivmaßregeln, noch durch Cautionsverlangen beschränkt werden dürfe. Sofern die Verfassung von

Waadt hierin die Bundesverfassung in erweiterndem Sinne interpretiren will, so ist gegen diese Bedeutung nichts einzuwenden. Dagegen ist wol zu bemerken, daß der Bundesrath sich bei Genehmigung des Preßgesetzes in die bezeichneten Schranken nicht einzuschließen braucht, sondern daß ihm die freie Prüfung darüber zustehen muß, ob nicht anderweitige Bestimmungen in das Preßgesetz aufgenommen worden seien, welche der Preßfreiheit dem Wesen nach gerade so schädlich sein könnten, wie Präventivmaßregeln und Cautonnement.

Die zweite Bemerkung betrifft Art. 8: „Vereinsfreiheit“. Die Verfassung von Waadt hat seltsamerweise bezüglich der Garantie dieses Rechtes eine Fassung gewählt, welche zwar der Bundesverfassung, Art. 46, nicht gerade widerspricht, die aber doch eben so wenig mit ihr in Uebereinstimmung ist. Während die Bundesverfassung sagt: „Art. 46. Les citoyens ont le droit de former des associations, pourvu qu'il n'y ait dans le but de ces associations ou dans les moyens qu'ils emploient rien d'illicite ou de dangereux pour l'Etat,“ — drückt sich die Waadtländer Verfassung so aus: „Art. 8. Le droit d'association est garanti. — Les assemblées dont le but et les moyens ne sont pas contraires à l'ordre public et aux bonnes mœurs ne peuvent être ni restreintes ni interdites“. — Ohne gegenwärtig im Einzelnen nachweisen zu wollen, auf welchen Punkten Kollisionen zwischen diesen beiden Fassungen möglich wären, genügt es wol, vor der Hand festzustellen, daß bei jeder derartigen Kollision die Bundesbehörden jedenfalls nur an den Text der Bundesverfassung sich zu halten hätten.

Eine dritte Bemerkung betrifft die Artikel 10, 11 und 12: „Kirchliche Angelegenheiten“. Art. 10 stellt zunächst den Begriff und die Rechte der Nationalkirche fest, und sagt dann am Schlusse: „Die Ausübung der katholischen Religion ist den Gemeinden Schallens, Affens, Bottens u. u. garantirt, wie sie bis jetzt geübt worden ist“. Art. 11 sagt: „Die Kosten des Kultus werden nur für die Nationalkirche und die genannten katholischen Gemeinden vom Staate oder öffentlichen Kassen getragen“. Endlich Art. 12: „Die andern Religionsbekenntnisse sind frei. Ihre Ausübung muß den allgemeinen Landesgesetzen und denjenigen über die äußere Polizei der Kulte entsprechend sein“. Es sind auch diese Bestimmungen nicht gerade im Widerspruche mit Art. 44 der Bundesverfassung. Indessen wird immerhin die Bemerkung nicht überflüssig sein, daß die freie Ausübung des Gottesdienstes der katholischen Konfession gemäß Art. 44 der Bundesverfassung nicht bloß in einzelnen bestimmten Gemeinden garantirt ist, sondern überhaupt im ganzen Gebiete des Kantons, und daß daher die besondere Garantie des Art. 10 der waadtländischen Verfassung für einzelne Gemeinden nur den Sinn haben kann, daß der Staat, wie Art. 11 des Nähern vorschreibt, dort zugleich auch die Kosten dieses garantirten Kultus bestreitet. Ebenso ist wohl selbstverständlich, daß die im Art. 12 vorgesehenen Beschränkungen der Frei-

heit anderer Kulte das im Art. 44 der Bundesverfassung garantirte Prinzip der freien Ausübung des Gottesdienstes der anerkannten christlichen Konfessionen in seinem Wesen nicht verletzen dürfen.

Eine vierte Bemerkung betrifft endlich die Schlußbestimmung des Art. 51, lautend: „Der Große Rath läßt sich vom Staatsrath in jeder seiner ordentlichen Sitzungen über seine Geschäftsführung in eidgenössischen Dingen Rechenschaft ablegen“. Diese Bestimmung steht zwar an sich mit keiner Bestimmung der Bundesverfassung im Widerspruch; indessen könnten unter Umständen an diese Bestimmung Versuche angeknüpft werden, die Rechte der Bundesbehörden in dem ihnen von der Verfassung angewiesenen Wirkungskreise, oder die Rechte der Kantonsregierung selbst zu beeinträchtigen oder zu schmälern. Es mag daher die Bemerkung am Platze sein, daß der Bund die Berechtigung zu jedem dießfälligen Uebergriffe von vornherein ablehnen müßte.

Alle die vorgenannten Bemerkungen sind nicht der Art, daß sie zu besondern Reservationen in dem zu fassenden Gewährleistungsbeschlusse selbst Anlaß geben könnten, so daß der Bundesrath Ihnen die unbedingte Gewährleistung nach mitfolgendem Entwurfe eines Bundesbeschlusses empfiehlt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident! Herren National- und Ständeräthe! bei diesem Anlasse den erneuerten Ausdruck unserer vollkommensten Hochachtung.

Bern, den 13. Januar 1862.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Stämpfli.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schies.

Beschlusseutwurf,

betreffend

die Garantie der Staatsverfassung des Kantons Waadt.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Bundesrathes über
die Staatsverfassung des Kantons Waadt vom 15. Dezember 1861,
in Berücksichtigung:

daß diese Verfassung nichts enthält, was mit der Bundesverfassung
im Widerspruch steht;

daß ferner diese Verfassung die Ausübung der politischen Rechte
nach republikanischen Formen sichert und im Ganzen oder theilweise revidirt
werden kann;

daß sie endlich von der Mehrheit des waadtländischen Volkes in
gesetzlicher Abstimmung angenommen wurde,

beschließt:

1. Der Staatsverfassung des Kantons Waadt vom 15. Dezember
1861 wird hiermit die bundesgemäße Garantie ertheilt.

2. Dieser Beschluß ist dem Bundesrath'e zur Vollziehung mitzu-
theilen.

B e r i c h t

der

mit der Prüfung der Verfassungen der Kantone St. Gallen
und Waadt beauftragten Kommission.

(Vom 18. Januar 1862.)

Tit.!

Mit Botschaft vom 10. und beziehungsweise vom 13. d. M. trägt der Bundesrath darauf an, den neuen Verfassungen der Kantone St. Gallen und Waadt die bundesgemäße Garantie zu ertheilen. Da wir im Wesentlichen sowohl mit diesem Antrage, als mit den zur Erläuterung einzelner Artikel der fraglichen Verfassungen beigelegten Bemerkungen einverstanden sind, so bleibt uns bloß übrig, einige wenige Punkte herauszuheben, die von dem Bundesrath entweder gar nicht berührt, oder anders als von uns aufgefaßt worden sind.

I.

Verfassung des Kantons St. Gallen.

Der Bundesrath findet die in Ziffer 2 und 3 des Art. 6 ausgesprochene Gewährleistung der katholischen und der evangelischen Kirche, so wie der freien und uneingeschränkten Ausübung des katholischen und evangelischen Glaubensbekenntnisses und Gottesdienstes enger als die in Art. 44 der Bundesverfassung den anerkannten christlichen Konfessionen zugesicherte Garantie. Wir theilen zwar diese Ansicht nicht, glauben aber um so weniger auf die Bedeutung des einer verschiedenen Auslegung fähigen Ausdruckes, „die anerkannten christlichen Konfessionen“ hier eintreten zu sollen, da ja unzweifelhaft, wenn je ein Streit über den Sinn desselben sich entspinnen sollte, der Entscheid in letzter Instanz der Bundesversammlung

Botschaft des Bundesrathes an die gesetzgebenden Räthe der Eidgenossenschaft betreffend die Garantie der Staatsverfassung des Kantons Waadt. (Vom 13. Januar 1862.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1862
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	05
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.01.1862
Date	
Data	
Seite	182-186
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 605

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.